

Zukunft ohne Arbeit : Arbeit ohne Zukunft?

Autor(en): **Valentin, Christine**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **64 (1985)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340258>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ausserdem kam es zu individuellen Reaktionen auf Kurzarbeit, Entlassungen und Betriebsstillegungen, die nicht als systembedingt, sondern als Schicksalsschläge hingenommen wurden.

In einer Modernisierungspolitik durch Subventionen für Investitionen erhoffte man sich Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt und ein Ende der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig kam es zu einschneidenden Kürzungen der Ausgaben im Sozialbereich sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen durch die SPD/FDP-Koalition, um die Steuer- und Zinsbelastungen der Unternehmen zu erleichtern. Die Reformpolitik wandte sich damit gegen jene, denen sie zugute kommen sollte. Produktionserhöhungen durch neue Technologien führten zusätzlich zum Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und erreichten auch sozialdemokratische Stammwähler.

Die Seifenblase

Die optimistische Formel «Mehr Gewinne, mehr Arbeitsplätze» erwies sich bereits Ende der 70er Jahre als Seifenblase. Die Realität zeigte genau das Gegenteil: Mit einer Zunahme der Gewinne durch Rationalisierungsmassnahmen sank die Zahl der Arbeitsplätze. Das Ziel Wirtschaftswachstum erwies sich für die SPD als Regierungspartei als unerreichbar. Der Gerechtigkeit halber muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass erst unter einer CDU/FDP-Koalition ein Ausverkauf von Sozialleistungen begann, der als denkbar schärfste Kampfansage der Reichen an die Armen zu bewerten ist.

Die SPD muss sich heute als Oppositionspartei damit abfinden, das sie einen Teil ihrer Anhängerschaft bereits als Regierungspartei an die Grünen und Alternativen verloren hat. Trotzdem sieht Jürgen Hoffmann Ansatz-

punkte für eine Neuorientierung. Voraussetzung ist allerdings die nüchterne Erkenntnis, dass der von ihm als «masslos» bezeichnete kapitalistische Akkumulationsprozess richtig eingeschätzt wird. Er findet im Profit seinen Selbstzweck, ohne Rücksicht auf die Lebens- und Arbeitsbedürfnisse des Menschen.

Deshalb muss der Aspekt des Gebrauchswertes jeder Produktion in Zukunft stärker zur Diskussion gestellt werden als bisher. Das bedeutet allerdings auch Widerstand gegen arbeitsplatzvernichtende und den Frieden gefährdende Rüstungsgüter, deren Herstellung bislang unter den Begriff des «gemeinsamen Produktionsprozesses» von Kapital und Arbeit fielen. Ausserdem muss die bisherige Gewerkschaftspolitik, soweit sie ausschliesslich auf «monetäre» Kompensation für erhöhte Arbeitsbelastung ausgerichtet war, revidiert werden.

Immer mehr Gewerkschafter erkennen, dass monetäre Entlohnungen den Verlust, sich in der Freizeit auf Grund der Umweltzerstörung nicht mehr generieren zu können, immer weniger aufwiegen. Hoffmann hält es für den entscheidenden Fehler der Linken, die gegenwärtige Krise nicht als logische Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems analysiert zu haben. Er bleibt auch skeptisch, ob sich eine derartige Lagebeurteilung in der SPD durchsetzt. Seiner Überzeugung nach bedarf die Auffassung von einer Autonomie der Unternehmen einer Revision.

«Eine Mehrheitschance hat . . . die Sozialdemokratie, sofern sie nur an der Verteidigung . . . sozialer Kompromisslinien . . . festhält, nicht.» Ein Neuanfang kann nur in einer systemüberwindenden Reformpolitik liegen, in der gesellschaftliche Strukturen nicht tabuisiert, sondern verändert werden. Hoff-

mann bezweifelt, ob das klassische Wählerpotential der Industriearbeiterschaft ausreicht, um die Macht zurückzugewinnen: «Eine sozialdemokratische Politik, die ihre historische Perspektive nur noch in der Modernisierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu sehen vermag, vergibt sich die Möglichkeit, einen neuen gesellschaftlichen Konsens gegen Kapitalinteressen und konservative Parteien neu zu begründen.»

Zukunft ohne Arbeit – Arbeit ohne Zukunft?

Vor etwas mehr als einem Jahr hatten die Basler das Vergnügen, im Zusammenhang mit einer thematischen Woche der Kulturwerkstatt Kaserne sich zur «Zukunft ohne Arbeit – Arbeit ohne Zukunft» Gedanken zu machen. Zu dieser Woche hat Maya Berger eine immer noch oder erst recht lesenswerte und aktuelle Broschüre mit dem gleichen Titel zusammengestellt, welche nun schon in der 2. Auflage erschienen ist.

Was ist es denn, was uns die Arbeit so unentbehrlich macht – man denke an die Workoholics, die Arbeitssüchtigen – und lässt sie uns im gleichen Atemzug Verdammten? Was ist denn eigentlich dran an dieser Arbeit? Schreibt doch schon Karl Marx von der Selbstentfremdung im Produktionsprozess, davon, dass das «Reich der Freiheit» nur ausserhalb der materiellen Produktion liegen kann. Und die Berichte von den Arbeitsplätzen sind auch nicht eitel Sonnenschein: So sagt eine Verkäuferin: «Bei der Arbeit selbst kommt man sich vor wie ein Affe im Käfig . . . Da ist irgend etwas von einem weggenommen.» Und ein Arbeiter meint: «Gut,

man hat den Lohn, man kann leben . . . aber etwas fehlt halt irgendwie doch . . . es ist immer mehr oder weniger das gleiche.» Ist es dann nicht ein Segen, wenn die neuen Technologien Millionen von Arbeitsplätzen überflüssig machen? Aber was geschieht dann mit den Arbeitslosen, welche – versehen mit einem unerbittlichen Arbeitsethos (wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen) plötzlich auf der Strasse stehen, ihres Selbstwertgefühls beraubt? Denn die Gewerkschaften kämpfen immer noch für das Recht auf Arbeit, aber nicht für das Recht auf Faulheit, wie es Paul Lafargue schon 1883 forderte.

Die Broschüre geht auf alle diese Fragen und noch viel mehr (Hausfrauisierung der Arbeit, Arbeit als Heilmittel für psychisch Kranke, Mann-Frau-Maschine) ein mittels kurzen Texten von Marx / Bloch / Gorz / Lüscher / Saner / Fromm / P.P. Zahl / P.M. / Fourier und C.v. Werlhof. Widersprüchliches, Anregendes, Utopisches ist da unter einem Deckblatt vereint. Für Einsteiger ins Thema Arbeit und für solche, die nach neuen Argumenten oder Anregungen suchen, sind die 7 Franken gut angelegt. (Zu beziehen im Selbstverlag bei Maya Berger, Wattstrasse 17, 4056 Basel).

Christine Valentin

Aus dem WOZ-Interview mit Otto Stich

WOZ: Auf den SP-Programm-entwurf Bichsel/Otto F. Walter/Niederhauser zuhanden des Parteitages von 1981 haben Sie sehr empfindlich reagiert. Die Ideen bezüglich Selbstverwaltung und Dezentralisierung waren für Sie «Linksextremismus».

Stich: Der Durchschnittsbürger und Arbeiter lebt nicht von Utopien. Er will die Probleme gelöst haben, die ihn direkt betreffen. Was haben denn die Leute, die an einer Ausfallstrasse in Zürich mit Verkehr Tag und Nacht wohnen, noch vom Leben? Diese Probleme müssen wir lösen. Dafür setze ich mich ein.

WOZ: Ihre Preisgabe fundamental anderer Zukunftsentwürfe, wie sie in der frühen Arbeiterbewegung drin steckten, ob jetzt revolutionär oder nicht – das ist wohl der tiefere Sinn jenes «Verrats an der Arbeiterbewegung», den Ihnen Max Frisch im Anschluss an die Wahl vom Dezember '83 vorgeworfen hat.

Stich: Schauen Sie, ich halte einfach nichts von diesen grossen Zukunftsentwürfen etwa in Richtung «Selbstverwirklichung». Wenn man die Leute konkret fragt, wie das aussehen soll, dann wissen sie es nicht und verweisen auf das Jahr 2100. Das ist doch kein Trost, auch nicht für den, der fragt.

WOZ: Sie haben in einem früheren Interview gesagt, Sie hätten einen «recht soliden Panzer» um sich herum. Panzer sind in zwei Richtungen undurchlässig: Gegen innen, was Kritik von aussen betrifft, und gegen aussen, was irgendwelche spürbaren Aufbruchshoffnungen von innen betrifft, irgend etwas Unerwartetes, nicht Realpolitisches, zum Beispiel die Armee weghaben zu wollen oder nur schon Toleranz gegenüber Militärverweigerern.

Stich: Wissen Sie, zeitweilig wäre ich froh gewesen, man hätte diese Toleranz mir gegenüber aufgebracht.

WOZ: Also eine gewisse Verbit-terung?

Stich: Nein, aber ein Bedauern.

WOZ: Im Unterschied zu Willi Ritschard, der – teilweise auch opportunistisch – eine Ausstrahlungswirkung auf die ausserparlamentarische Szene hatte, suchen Sie diese Ausstrahlung nicht. Das macht Sie immerhin ehrlich. Andererseits ist Ihre Politik nur noch in den kleinsten Schattierungen von der Politik eines freisinnigen Vorstehers des Finanzdepartements zu unterscheiden.

Stich: Sie dürfen glauben, was Sie wollen.

WOZ: Sie sind für Realpolitik: Für Kaiseraugst, für Rothenthurm, für die Asylpolitik des Bundesrates, die Leute in Staaten zurückschieben wird, wo es keine Sicherheit für sie geben kann.

Stich: Diese Interviewer habe ich am liebsten, die zum vornherein alles wissen. Die Zeit ist um.

Ich korrigiere Journalisten grundsätzlich nicht – jedenfalls nicht, wenn sie eine vorgefasste Meinung vertreten.

WOZ: Sie sollen korrigieren, wenn etwas nicht stimmt. Wenn Sie sagen, Sie seien gegen Kaiseraugst oder Rothenthurm, dann nehme ich das zur Kenntnis.

Stich: Zu Fragen, die der Bundesrat entschieden hat, äussere ich mich nicht – weder positiv noch negativ.

WOZ: Kollegiale Rücksicht?

Stich: Sie werden das Regierungssystem in der Schweiz so gut kennen wie ich. Das höchste Ziel von Journalisten ist eine Schlagzeile, zum Beispiel, dass ich mich in einer bestimmten Frage gegen den Bundesrat stelle. Das ist nicht wünschenswert. Das verhindert gemeinsame Lösungen.

(WOZ Nr. 17, 26. April 1985)